

Im Zweifel für die Gesellschaft

Noch immer sitzt der junge **Bieler M.N.** in Kenia fest. Das Fedpol hält ihn für so gefährlich, dass man ihm weiterhin die Einreise verbietet.

DEBORAH BALMER

Seit dem 12. Mai dieses Jahres sitzt der 19-jährige Bieler M.N.* in Nairobi fest. Mittlerweile sind vier Monate vergangen, doch viel hat sich im Fall des ehemaligen Gymnasiasten nicht bewegt. Zwar konnte er das Gefängnis in Kenia verlassen und sitzt nun in Ausschaffungshaft. Die kenianische Staatsanwaltschaft liess ihre Anklage fallen. Doch in die Schweiz einreisen darf der Flüchtling mit jordanischem Pass vorläufig nicht. Verhängt hat das Einreiseverbot das Bundesamt für Polizei (Fedpol) auf Antrag des Nachrichtendienstes des Bundes (das BT berichtete). Doch was ist so gefährlich am 19-Jährigen, dass er nicht mehr nach Biel kommen darf? Klar ist: Wäre M.N. Schweizer, wäre er längst daheim. Beim Fedpol heisst es, solche Einreiseverbote würden nur verhängt, wenn eine Person eine Gefahr für die innere Sicherheit des Landes darstelle (siehe Titelseite).

Vielschichtiges Risiko

Laut Adrian Lobsiger, dem stellvertretenden Direktor des Fedpol, ist das Risiko, das von Personen ausgehen kann, die im Ausland radikalisiert worden sind, vielschichtig: «Denkbar ist die Vorbereitung von Anschlägen», sagt er. Die Rekrutierung von Jugendlichen zu diesem Zwecke kann bei diesen zu traumatischen oder gar tödlichen Auslandseinsätzen führen. Es scheint also, als fürchte man, auch der Bieler könnte zurück in Biel Gleichaltrige rekrutieren oder sogar selber einen Terrorakt vorbereiten.

Im Gespräch mit dem BT jedenfalls zieht Lobsiger einiges in Betracht: Einmal zurück in der Schweiz könnten radikalisierte Personen beispielsweise auch für eine terroristische Organisation als Kontakt dienen, um hier Fuss zu fassen. Denn: «Die Personen sind für solche Organisationen wertvoll», so Lobsiger.

Es ist wohl davon auszugehen, dass auch der Bieler von den erwähnten Kreisen nicht so einfach fallengelassen würde. Plant eine terroristische Organisation einen



Der junge Bieler M.N. bei einer **Gerichtsanhörung** in Kenia. Derzeit sitzt er in der Auslieferungshaft.

Bild: ky

Anschlag in einem bestimmten Land, ist sie dafür, wie auch Lobsiger sagt, auf Kontakte angewiesen – zu Personen also, welche die Verhältnisse kennen und die Landessprache sprechen. In Betracht gezogen werden kann eventuell auch, dass der Bieler aufgrund seiner familiären Herkunft für militante Kreise interessant war. Nicht ausgeschlossen ist vielleicht auch, dass M.N. die Gesellschaft ideologisch unterwandern könnte. Was wäre beispielsweise, wenn er sich positiv über seine Zeit in einem Al-Qaida-Lager äussern würde? Immer vorausgesetzt, dass er dort war.

«Keine Hypothesen»

Adrian Lobsiger sagt dazu: «Meine Aufgabe ist es nicht, irgendwelche Hypothesen aufzustellen.» Der junge Mann mit jordanischen Pass habe immer die Möglichkeit, Stellung zu nehmen gegen die vom Nachrichtendienst dargelegte Gefährdungslage. Derzeit sei die Tür in die Schweiz noch immer einen Spalt offen. So habe er noch immer die Gelegenheit, zu erklären, wie er die Zeit zwischen dem Verschwinden in Biel (Ende Februar 2011) und

Das sagt Ex-Anwalt

• Der Ex-Anwalt des jungen Bieler, Stefan Disch, nimmt erstmals zum Vorwurf Stellung, er habe die **Mutter** des jungen Bieler **nicht gut behandelt**. Der Gymnasiast wurde in den Medien dahingehend zitiert. «Natürlich war ich **nie respektlos** gegenüber einem Familienmitglied», sagt Disch dem BT. Tatsächlich habe es aber mit der Familie, die in Biel lebt, **Uneinigkeiten** gegeben, wie man die Verteidigung ihres Sohnes führen solle.

• Weiter sagt Disch: «Meine Absicht war es stets, mit dem Fedpol eine Lösung zu finden, dass die administrative Untersuchung **in der Schweiz weitergeführt** werden kann. Und zwar in Anwesenheit des jungen Mannes. «Leider konnte ich dieses Ziel nicht erreichen», so Disch. Mehr sagen könne er zum Fall nicht, da er weiterhin ans Berufgeheimnis gebunden sei. (bal)

seiner Verhaftung in Kenia (Mai 2012) verbracht hat.

Doch M.N. sagte wiederholt, dass er erst rede, wenn er zurück in der Schweiz sei. Doch die Gefahr ist wohl zu gross. Bei dem laufenden Verfahren in der Schweiz handelt es sich um ein administratives und nicht um ein Strafverfahren. Solange M.N. in der Schweiz nichts anstellt, kann er also auch nicht verhaftet werden. Erst wenn er ein Delikt begehen würde, könnte ein Verfahren eröffnet werden.

Sein früherer Anwalt Stefan Disch (siehe Infobox) äusserte sich mehrmals dahingehend, dass der 19-Jährige in der Schweiz ja leicht überwacht werden könnte. Dem widerspricht Adrian Lobsiger: «Im präventiven Bereich ist eine Überwachung nur im öffentlichen Raum möglich.» Man kann sich vorstellen, dass es rechtlich auch ein Widerspruch wäre, wenn man ihn zwar einreisen lassen, ihn dann aber überwachen würde.

Wie es für den jungen Bieler weitergeht, wird sich zeigen. Wann der Entscheid der Beschwerde von M.N. gegen das Einreiseverbot beim Rechts- und

Beschwerdedienst des EJPD fällt, ist noch offen. Sicher ist: Auch diesen Entscheid könnte M.N. nochmals anfechten. Dann müsste allerdings der Bundesrat entscheiden.

Mit der hängigen Beschwerde soll unter anderem erreicht werden, dass M.N. wenigstens provisorisch einreisen darf und das Verfahren in der Schweiz abgeschlossen wird. Müsste er dann aufgrund einer Beweislast doch wieder ausreisen, müsste allenfalls ein Drittland gefunden werden, das ihn aufnimmt.

Doch bis auf weiteres profitiert M.N. noch vom konsularischen Schutz der Schweiz. Vertreter der Botschaft bringen ihm in Nairobi regelmässig Früchte und Lesestoff in die Ausschaffungshaft. Daneben heisst es für ihn warten. Es ist anzunehmen, dass man beim Fedpol denkt: Im Zweifelsfall zugunsten der Gesellschaft und zur Verhinderung eines Anschlags.

* Name der Redaktion bekannt.

LINK: www.bielertagblatt.ch

Weitere Artikel unter dem Suchbegriff «Bieler Kenia»

Biel

SIP: 10 000 Interventionen in zwei Jahren

lin. 10 000 Mal haben die Mitglieder der Dienststelle Sicherheit, Intervention, Prävention (SIP) in einem Heft ein Plus oder ein Minus notiert. So viele Kontakte hatte die vor zwei Jahren gegründete SIP seither mit Menschen auf den Strassen Biels. Über jede Begegnung wird Buch geführt. In rund neun von zehn Fällen verlief die sogenannte Intervention positiv – und das SIP-Team, das zu einem besseren Sicherheitsempfinden der Bevölkerung beitragen soll, konnte ein Plus vermerken. «Das heisst, dass eine Verbesserung der Situation oder eine positive Verhaltensveränderung erzielt werden konnte», schreibt die Sicherheitsdirektion der Stadt Biel in einer Medienmitteilung. Der Wert widerspiegelt die Akzeptanz, die die SIP unter den Bürgern erreicht habe. Zunehmend melden sich zudem Bieler direkt bei der SIP, wenn es um Probleme im «niederschwelligem Sicherheitsbereich» gehe.

Doch einige seien unempfindlich für die Anliegen der SIP, sagt Sicherheitsdirektorin Barbara Schwickert. «Es gibt Leute, die ein Gespräch abblocken.» Etwa jene, die mit dem Velo die Nidaugasse hinab fahren und keine Miene verziehen, wenn sie die SIP dazu ermahnt, abzusteigen. Oder einzelne Betrunkene im Park hinter dem Kongresshaus, die trotz mehrmaliger Interventionen ihre Hunde frei rumrennen lassen.

Ein weiteres Problem sei für die SIP zu Beginn gewesen, sich bekannt zu machen. Etwa rund um das autonome Jugendzentrum (AJZ) sei man der neuen Einheit zunächst eher skeptisch begegnet, sagt Schwickert.

Doch mittlerweile scheint die SIP etabliert – und konnte expandieren: Seit diesem Jahr ist sie auch auf Schulhöfen präsent, wo sie Securitas abgelöst hat. Während Securitas vor allem überprüfe und durchsetze, suche die SIP das Gespräch, um eine Lösung zu finden, sagt Schwickert. Die SIP vermittelt dabei auch zwischen Jugendlichen und Anwohnern in der Nähe von Schularealen – etwa wenn sich letztere aufgrund von Lärm beschweren.

Für die Arbeit auf den Schulhöfen stehen der SIP bis Ende 2013 zusätzliche 100 Stellenprozente zur Verfügung. Danach müsste der Stadtrat die Prozesse definitiv bewilligen. Die anderen 300 Stellenprozente der SIP sind hingegen fix.

Mindestens 342 Nidauer für Publilac

Mit 342 Unterschriften ist die Nidauer **Initiative** für Publilac eingereicht worden. Die Bieler Initiative zum Thema kommt auch zustande.

bk. Um 14 Uhr musste Nidau Vizestadtschreiberin Susanne Weber gestern kurz vor die Tür. Vor dem Stadthaus waren nicht weniger als sieben Mitglieder des überparteilichen Komitees «Für ein attraktives, öffentliches Seeufer» postiert. Ohne viele Worte zu machen, überreichte ihr Komiteepäsident Max Wiher eine Kartonschachtel mit der Aufschrift «Publilac Nidau 342» – das sagte alles. Für das Zustandekommen der Initiative erforderlich waren 250 Unterschriften.

Offen blieb, ob der mitgelieferte Schwimmring mit drolligem Baby-Drachenkopf einen Hintersinn hatte. Vielleicht sollte die

Schwimmhilfe ja symbolisch für ausreichend Auftrieb an der Urne sorgen.

Breite Unterstützung

«342 ist eine sehr hohe Unterschriftenzahl für eine Initiative in Nidau», erklärte Max Wiher. «Ich

habe mir sagen lassen, dass es sonst um die 300 sind.» Abgelaufen wäre die Frist für die am 12. Mai gestartete Initiative erst am 12. November.

Monique Schlegel vom Komitee berichtete, beim Sammeln sei immer wieder Genugtuung da-



Initiative mit Schwimmhilfe: Max Wiher übergibt Vizestadtschreiberin Susanne Weber die Publilac-Unterschriften. Bild: Olivier Gresset

rüber zu hören gewesen, dass die Initiative lanciert wurde.

In Biel auch bald genug

Max Wiher betonte, das Komitee habe die Nidauer Unterschriften jetzt eingereicht, «um sich nun voll auf Biel konzentrieren zu können». Von Publilac gibt es ja noch eine Adaption für die Stadt Biel, weil ihr Anliegen auch deren Territorium tangiert (das BT berichtete). Dort hat man das erforderliche Minimum von 2000 Unterschriften laut Wiher schon fast erreicht. Gesammelt wird nun noch an den Wahlkampf-Ständen von GLP, SP und SVP, die hinter Publilac stehen.

Die beiden Volksbegehren verlangen, dass die geplante Grossüberbauung Agglolac deutlich weniger nahe ans Seeufer gebaut wird als vorgesehen.

LINK: www.bielertagblatt.ch

Weitere Texte zum Thema unter dem Stichwort «Publilac»

REKLAME

Am 23.9.2012: 2x auf Ihre Liste!

PATRICK CALEGARI

BVP Bieler Volkspartei
PPB Parti du Peuple Biennois

Ein Unternehmer für Biel zur Lenkung unserer Stadt

und für eine faire Politik

www.gemeinderat-biel.ch

BÜRGERLICHE MOTIVATION BOURGEOISE **Liste 5**